

Wissenschaftliche Begleitung:



Anrechnung beruflicher
Kompetenzen auf
Hochschulstudiengänge

ANKOM-Arbeitsmaterialie Nr. 4

Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung zur Anrechnung von beruflichen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge und zur Förderung der Durchlässigkeit.



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Projekträger:

Bundesinstitut
für Berufsbildung **BIBB**

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

Diese Publikation ist Bestandteil der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM) geförderten wissenschaftlichen Begleitung, Förderkennzeichen 210/50/230. Projektträger ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Die wissenschaftliche Begleitung des Programms erfolgt durch die Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS) und das Institut für Innovation + Technik (iit) der VDI/VDE Innovation und Technik GmbH (VDI/VDE-IT), Berlin, in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Dem Team der wissenschaftlichen Begleitung gehören bzw. gehörten an: Maxi Berger, Dr. Regina Buhr, Dr. Walburga Freitag, Dr. Ernst A. Hartmann, Claudia Loroff, Veronika Lutz, Karl-Heinz Minks, Kerstin Mucke, Ida Stamm-Riemer, Daniel Völk und Patricia Zan.

Impressum:

Claudia Loroff
Tel. 030-310078-166
loroff@iit-berlin.de

Dr. Regina Buhr
Tel. 030-310078-109
buhr@iit-berlin.de

Das Autorenteam trägt die Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation.

2. Auflage, 2012

Herausgeber:

HIS Hochschul-Informationen-System GmbH
Goseriede 9 | 30159 Hannover | www.his.de

Vorbemerkung

Die im Jahre 2005 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gestartete Initiative „ANKOM - Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ folgt einer jahrzehntelangen Diskussion über die Schaffung von mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Bis Mitte 2008 haben im Rahmen von ANKOM elf vom BMBF geförderte Projekte pauschale und individuelle Verfahren entwickelt und erprobt, die die qualitätsgesicherte Anrechnung von außerhalb der Hochschule sowohl im Rahmen von bundes-, landes- und kammerrechtlich geregelten Fortbildungen als auch in der beruflichen Tätigkeit erworbener Kompetenzen auf hochschulische Studiengänge ermöglicht. In diesen elf Entwicklungsprojekten arbeiteten Hochschulen und Einrichtungen aus der beruflichen Bildung gemeinsam daran, Wege aufzuzeigen, die beruflich Qualifizierten den Übergang von der beruflichen Bildung in die hochschulische Bildung erleichtern. Den Hochschulen sollten Instrumente an die Hand gegeben werden, die sie bei der Erschließung neuer Zielgruppen unterstützen und ihnen helfen, die mit der Bologna-Reform verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Die Projektergebnisse aus der Arbeit der Entwicklungsprojekte verdeutlichen, dass die Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge machbar ist.

Die von der wissenschaftlichen Begleitung der BMBF-Initiative ANKOM vorgelegten ANKOM-Arbeitsmaterialien sollen die in diesem Kontext entwickelten Materialien, Modelle und Verfahren allen Interessierten zugänglich machen. Sie sollen dazu beitragen, die Ergebnisse aus der Entwicklungsarbeit der Pilotprojekte zu verbreiten und somit deren Nutzen erhöhen. Mit dieser Unterstützung soll allen denjenigen, die über Anrechnung zu mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen gelangen wollen, praktische Hilfe gegeben werden.

Weitere Informationen zum Thema Anrechnung und Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung bietet das ANKOM-Portal (<http://ankom.his.de>). Schauen Sie sich das Portal an oder kontaktieren Sie uns!

Viel Erfolg auf dem Weg zu mehr Durchlässigkeit wünscht Ihnen das Team der wissenschaftlichen Begleitung von ANKOM.

Inhalt

1	Einleitung und Überblick	5
2	Nutzen einer Kooperationsvereinbarung	5
3	Checkliste	7
4	Beispiel A: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Fachschule	8
5	Beispiel B: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Fachhochschule und einer Fachschule	10
6	Beispiel C: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer (IHK)	14
7	Beispiel D: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer (IHK)	16

1 Einleitung und Überblick

Die von der wissenschaftlichen Begleitung von ANKOM erstellte „ANKOM-Arbeitsmaterialie Nr. 4 Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung zur Anrechnung von beruflichen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge und zur Förderung der Durchlässigkeit“ soll dabei unterstützen, die Zusammenarbeit von Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung mit Hilfe von Kooperationsvereinbarungen zu regeln und zu erleichtern. Adressaten sind insbesondere Vertreter/innen beider Bildungsbereiche, welche die Durchlässigkeit und Anrechnung zwischen den Bildungsbereichen in ihrem Feld vorantreiben wollen (z.B. Vertreter/innen einer Weiterbildungseinrichtung deren Weiterbildung pauschal auf ein bestimmtes Hochschulstudium angerechnet werden soll sowie Vertreter/innen dieser Hochschule).

Im Kapitel „Nutzen einer Kooperationsvereinbarung“ werden:

- ▶ Hintergrundwissen im Fließtext,
- ▶ praktisches Wissen in kursiv und
- ▶ Erfahrungen/Tipps im Kasten dargestellt

unterschieden. Im Anschluss werden neben einer Checkliste vier Beispiele für Kooperationsvereinbarungen aus dem Kontext der ANKOM-Entwicklungsprojekte vorgestellt.

2 Nutzen einer Kooperationsvereinbarung

Hintergrund: Vertrauen zwischen Bildungsbereichen

Die Entwicklung, Implementation und routinemäßige Anwendung von Anrechnungsverfahren erfordert eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung. Bis es zur routinemäßigen Anwendung von Anrechnungsverfahren kommt, bedarf es in der Regel vieler Arbeitsschritte, die von den Partnern hochschulische Bildung und berufliche Bildung sowohl in der jeweiligen Einrichtung als auch in enger Zusammenarbeit geleistet werden müssen. Eine Aufgabe, die bei den traditionellen, strukturellen und kulturellen Unterschieden zwischen diesen beiden Bildungsbereichen alles andere als trivial ist.

Praxis: Nutzen einer Kooperationsvereinbarung

Unabhängig davon, welche Form der Anrechnung (individuell, pauschal oder kombiniert) angestrebt wird – die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung ist eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Einführung eines entsprechenden Verfahrens. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Beteiligten beider Bildungsbereiche schafft eine Basis für die Kooperation. Hier werden verlässliche klare und gemeinsam verabredete Regelungen festgeschrieben.

Erfahrungen/Tipp: Pauschale Anrechnung erfordert vor allem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit

Als Basis für den Vertrauensaufbau zwischen den beiden Bildungsbereichen wurden von den ANKOM-Entwicklungsprojekten Kooperationsvereinbarungen erarbeitet. Die darin verlässlich klar und gemeinsam verabredeten Regelungen erleichterten maßgeblich die Zusammenarbeit und erzeugten Verbindlichkeit in dem Bereich, den man vorantreiben wollte. Insbesondere war dies wichtig für die Einführung pauschaler Anrechnung¹. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass beruflich qualifizierte Studierende – ohne weitere Prüfung – durch ein hochschulisches Prüfungsamt „pauschal“, d. h. auf Antrag, Kompetenzen aus ihrer beruflichen Vorbildung auf das Studium angerechnet bekommen. Vertrauen und Verbindlichkeit bezüglich der Leistungen des anderen Bildungsbereichs sind dann besonders wichtig.

Erfahrungen/Tipp: Eine Kooperationsvereinbarung muss den aktuellen Anforderungen entsprechen

Relevante Regelungen/Gesetze oder Curricula können sich mit der Zeit ändern. Deshalb sollte nicht vergessen werden, die Kooperationsvereinbarung regelmäßig zu überprüfen, ob die darin festgehaltenen Inhalte und Regelungen noch aktuell sind oder ob ggf. eine Überarbeitung nötig ist. Hierbei ist es auch wichtig, dass sich die Vertretenden beider Bildungsbereiche auch gegenseitig informieren, falls z.B. eine Änderung im Curriculum eine Anpassung der Kooperationsvereinbarung nötig macht.

Praxis: Kooperationsvereinbarungen unterstützen die Zusammenarbeit

Um das Erstellen einer Kooperationsvereinbarung zu erleichtern, werden im Folgenden eine Checkliste und verschiedene Beispiele vorgestellt. Mit der Checkliste können Interessierte prüfen, welche Aspekte in einer Kooperationsvereinbarung zu berücksichtigen sind. Die Beispiele für Kooperationsvereinbarungen stammen aus den Kontexten der ANKOM-Entwicklungprojekte und wurden in der Praxis angewendet. Sie können als Muster dienen und selbstverständlich an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden. Die verschiedenen Beispiele aus der Praxis – einige wurden auf Wunsch der Autoren anonymisiert – sollen den Bereich aufzeigen, in dem sich solche Kooperationsvereinbarungen bewegen können. Entsprechend werden hier Kooperationsvereinbarungen aufgeführt, in denen eine Universität und eine Fachschule, eine Fachhochschule und eine Fachschule sowie je eine Universität und eine Industrie- und Handelskammer kooperieren. Inhaltlich sind die Beispiele technischen, wirtschaftlichen und sozialpädagogischen Bereichen entnommen.

Eine kurze Einleitung zu den einzelnen Beispielen gibt wieder, in welchen Kontext diese zu verorten sind und was mit den Kooperationsvereinbarungen intendiert wurde.

Erfahrungen/Tipp: Kooperationsvereinbarungen müssen auf den jeweiligen Kontext und die Partner abgestimmt sein

Die Zusammensetzung der Partner, die die Kooperationsvereinbarung schließen, aber auch der fachliche Bereich, in dem die Partner zu verorten sind, haben Einflüsse auf die Ausgestaltungen der Kooperationsvereinbarungen und sollten den jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden.

1 Vgl. hierzu die ANKOM-Arbeitsmaterialie Nr. 2: Verfahren und Methoden der pauschalen Anrechnung.

3 Checkliste

Die nachfolgende Checkliste enthält Anregungen für Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Fachschulen, die zwecks Absprache bei Anrechnungsverfahren für Studienleistungen miteinander in Kontakt treten und dafür einen Rahmen vereinbaren wollen. Enthalten sind Hinweise auf zu treffende Maßnahmen, die nicht unbedingt formalisiert werden müssen, jedoch im Zuge der Umsetzung von Kooperationsvereinbarungen eine Rolle spielen können oder werden.

1. Grundlagen der Kooperationsvereinbarungen

- ☐ Gegenstand und Umfang der Kooperationsvereinbarung
- ☐ Laufzeit der Kooperation
- ☐ Identifikation der am Projekt Beteiligten und der für das Projekt Verantwortlichen
- ☐ Aufwand/Ressourcen der Zusammenarbeit
- ☐ Klärung von Rechten
- ☐ Materialien der Öffentlichkeitsarbeit
- ☐ Vertraulichkeit der Zusammenarbeit

2. Regelungen zur Organisation der Zusammenarbeit

- ☐ Verantwortlichkeiten der einzelnen Partner
- ☐ (regelmäßige) Treffen/Termine
- ☐ Verwendung von Instrumenten zur Umsetzung der Kooperation
- ☐ Beteiligung weiterer Partner

3. Spezielle Regelungen zu Fragen der Anrechnungsverfahren

- ☐ Sicherstellung der pauschalen Anrechenbarkeit von Lernergebnissen
- ☐ Beschreibung der pauschal anrechenbaren individuellen Kenntnisse und Qualifikationen („Lernleistungen“), mit Summe der Kreditpunkte

4 Beispiel A: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Fachschule

Dieses Beispiel einer Kooperationsvereinbarung stammt aus dem Bereich Technik und regelt die Zusammenarbeit zwischen einer technischen Universität und einer Technikerschule. Der hochschuleitige Partner ist in diesem Beispiel die Technische Universität Ilmenau und der Partner auf der beruflichen Seite ist die Erfurter Fachschule und Berufsbildende Schule für Technik und Wirtschaft.

KOOPERATIONSVEREINBARUNG

zwischen der

Technischen Universität XX,
vertreten durch den/die Rektor/in

„TU XX“

und der

Fachschule und Berufsbildenden Schule für Technik und Wirtschaft,
vertreten durch den/die Schulleiter/in,

„Fachschule“

über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Anrechnung von beruflichen Bildungsabschlüssen im akademischen Bereich.

Präambel

Die Parteien dieser Vereinbarung streben in Übereinstimmung mit dem europäischen Bologna-Prozess eine höhere Durchlässigkeit zwischen dem beruflichen und dem akademischen Bildungssystem an.

Die XX ist eine Hochschule des Bundeslandes Y nach § X Abs. Y LHG und bildet Studierende in akademischen Studiengängen, vorwiegend in technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen, aus. Die Fachschule führt als staatlich anerkannte Einrichtung Weiterbildungsgänge im beruflichen Bildungssystem mit dem Abschluss als „Staatlich geprüfte/r Techniker/in“ durch.

Die Parteien sehen Verbindungen zwischen ihren technischen Ausbildungsinhalten und streben mit dieser Vereinbarung eine Zusammenarbeit der beiden Ausbildungseinrichtungen auf dem Wege der Anrechnung von äquivalenten Inhalten des beruflichen Bildungsabschlusses der Fachschule auf einzelne akademische Studiengänge an der Hochschule XX an. In einem weiteren Schritt ist beabsichtigt, die Anrechenbarkeit auf weitere Studiengänge an der Hochschule XX auszudehnen, soweit sich im Lauf der Durchführung dieser Vereinbarung ein Bedürfnis dafür ergibt und sich die Parteien über die Einzelfragen einig geworden sind.

Zur Erreichung dieses Zwecks schließen die Parteien die vorliegende Vereinbarung zu den nachstehenden Bedingungen.

§ 1 Informationsverpflichtung

Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Anrechenbarkeit von äquivalenten Ausbildungsinhalten der Fachschule in der Ausbildung zum/r „Staatlich geprüften Techniker/in“ auf die akademischen Ausbildungsinhalte der Hochschule XX bezüglich der an den Fakultäten für Maschinenbau und für Elektrotechnik und Informationstechnik der TU XX durchgeführten Studiengänge Bachelor of Science Maschinenbau und Bachelor of Science Elektrotechnik und Informationstechnik.

Die Parteien vereinbaren deshalb, sich mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung ihre betreffenden Studiendokumente (Rahmenlehrpläne, Beleg- und Prüfungsaufgaben sowie Studien- und Prüfungsordnung) gegenseitig zur Verfügung zu stellen.

Als Ansprechpartner werden von den Parteien die Personen in folgenden Funktionen benannt:

Hochschule XX: Studiengangsverantwortlicher

Fakultät CX
für den Studiengang XY
mit dem Abschluss XY

Studiengangsverantwortlicher
Fakultät XY
für den Studiengang XY
mit dem Abschluss XY

Fachschule: Schulleiter

Zwischen den Parteien wird außerdem vereinbart, dass sie sich über die Veränderungen, die sich an den Studiendokumenten während der Laufzeit dieser Vereinbarung ergeben, jeweils unaufgefordert informieren (Versand der geänderten Dokumente, Satzungen an den Vertragspartner).

Die Parteien gewähren sich nach vorheriger Absprache Zugang zu den relevanten Dokumenten zu Zwecken der Durchführung dieser Vereinbarung.

§ 2 Prüfung der Gleichwertigkeit

Die Hochschule XX nimmt anhand der Studiendokumente (§ 1) eine Prüfung der Äquivalenz (Gleichwertigkeit) vor und teilt das Ergebnis der Fachschule mit. Die Hochschule XX legt im Rahmen der Anrechenbarkeit der Leistungen die jeweilige Punktzahl für das erfolgreiche Erreichen des Ausbildungsziels im jeweiligen Fach nach dem ECTS-Schlüssel fest und informiert die Fachschule darüber.

§ 3 Durchführung der Vereinbarung

Die Parteien sind bemüht, sich bei Meinungsverschiedenheiten auf freundschaftlichem Weg zu einigen. Sie streben dabei in jedem Verfahrensstadium eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich eventuell auftretender Schwierigkeiten oder unterschiedlicher Standpunkte an.

Jede Partei trägt die ihr durch diese Vereinbarung entstehenden Kosten selbst. Eine gegenseitige oder wechselseitige Kostenerstattung, beziehungsweise Kostenverrechnung, findet nicht statt.

§ 4 Sonstiges

Diese Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie hat eine Laufzeit von fünf Jahren, beginnend mit dem Inkrafttreten der Vereinbarung. Die Vereinbarung kann danach im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien mit einer neuen Laufzeit verlängert werden.

Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Im Fall der Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt eine wirksame Bestimmung als vereinbart, die der von beiden Vertragsparteien gewollten am nächsten kommt. Das Gleiche gilt in dem Fall, dass der Vertrag Lücken aufweist.

Ort XX, den...(Datum)

Ort XY, den...(Datum)

5 Beispiel B: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Fachhochschule und einer Fachschule

Das Beispiel einer Kooperationsvereinbarung aus dem Bereich Soziales regelt die Zusammenarbeit zwischen einer Hochschule und einer Fachschule für Sozialpädagogik. Sie wurde von dem an der Berliner Alice Salomon Hochschule angesiedelten ANKOM-Entwicklungsprojekt „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf die Hochschulausbildung von ErzieherInnen“ entwickelt. In diesem Muster für eine Kooperationsvereinbarung fließen die Erfahrungen der Alice Salomon Hochschule aus der Zusammenarbeit mit drei Berliner Fachschulen für Sozialpädagogik ein. Im Rahmen des ANKOM-Projekts wurden die Anrechnungspotenziale aus der fachschulischen Erzieher- und Erzieherinnenausbildung auf den Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ in Kooperation mit der 1. Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik, der 2. Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik Berlin Pankow und der Anna-Freud-Schule erarbeitet.²

KOOPERATIONSVEREINBARUNG FÜR DEN STUDIENGANG „XXX“

zwischen

der XXX Hochschule
vertreten durch <Name>
<Anschrift>

- nachstehend XXX genannt -

und

Fachschule für XXX <Anschrift> vertreten durch <Name>

- nachstehend Fachschule genannt -

betreffend der Anrechnung von im Rahmen der Ausbildung³ an der Fachschule erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen für Module des Studiengangs „XXX“ (B.A.).

Präambel

Mit dieser Kooperation will die XXX einen Beitrag zur Durchlässigkeit im Bildungssystem, hier in der Ausbildung von Erzieher/innen, leisten. Angeregt durch internationale Vorbilder, von denen die Anrechnung formaler, non-formaler und informeller Kompetenzen bereits umgesetzt wird, soll es nun auch in Deutschland Bemühungen geben, durchlässigere Bildungswege zu fördern. Hierzu will die XXX durch eine pauschale Anrechnung von Lernergebnissen aus der beruflichen Weiterbildung im Land Berlin auf den Studiengang „XXX“ beitragen. Als Wirkung soll erreicht werden, Übergänge zwischen Ausbildung, Berufstätigkeit und Hochschule durchlässiger zu gestalten. Gemäß KMK-Beschluss vom 28.06.2002⁴ können hierfür bis zu 50 % außerhalb der Hochschule erworbener Lernleistungen angerechnet werden. Die näheren Angaben sind der jeweils gültigen Prüfungsordnung zu entnehmen.

Die unterzeichnenden Partner kooperieren deshalb bei der Anrechnung von Lernergebnissen, welche bei der Fachschule im Rahmen der beruflichen Weiterbildung erworben worden sind.

Zielgruppe sind in der Regel Personen, die in der Regel

2 Vgl. hierzu auch die ausführliche Dokumentation in: Balluseck, Hilde von; Kruse, Elke; Pannier, Anke (2008): Von der ErzieherInnen-Ausbildung zum Bachelor-Abschluss - Mit beruflichen Kompetenzen ins Studium. Reihe: Praxis, Theorie, Innovation - Band 7. Schibri: Uckerland.

3 Gemäß der Ausbildungsordnung vom 02. Dezember 2003 im Land Berlin bzw. der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung an den staatlichen Fachschulen für Sozialpädagogik im Land Berlin (APVO-Sozialpädagogik) vom 11. Februar 2006: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, 62. Jg. Nr. 7 vom 24. Februar 2006, S. 164 ff.

4 Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 28.06.2002 http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/KMKAnrechnung_ausser_Uni_28062002.pdf (Zugriff 30.03.2011).

- eine Ausbildung an der Fachschule absolviert haben,
- über eine staatliche Anerkennung als XXX verfügen,
- das Studium als Weiterqualifizierung zum ersten akademischen Abschluss nutzen wollen,
- und dabei ihr im Rahmen der Ausbildung nachweislich erworbenes Wissen für Module des Studienganges anrechnen lassen wollen.

Beide Kooperationspartner/innen streben dabei eine vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit an. Die Ausbildung zur XXX an der Fachschule soll verbindlich auf die Module des Studienganges angerechnet werden. Der vorliegende Vertrag regelt hierzu die Grundsätze sowie die konkrete Umsetzung.

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Der Vertrag regelt die Zusammenarbeit zwischen der Fachschule und der XXX über die pauschale Anrechnung von Kompetenzen und Qualifikationen, die im Rahmen der Ausbildung an der Fachschule erworben werden, für Module des Studiengangs „XXX“ (B.A.).

Lernziele, Inhalte, Niveaus und Umfänge der Ausbildung werden an der Fachschule und der Hochschule erhoben und verglichen, um Äquivalenzen feststellen zu können. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen dann eine Kreditierung von Teilen der Ausbildung an der Fachschule ermöglichen, die innerhalb des Leistungspunktesystems der Hochschule angerechnet werden können.

Die Anrechnung soll Absolventen/innen der Fachschule ein Studium im genannten Studiengang an der XXX verkürzen und die Durchlässigkeit von Bildungswegen ermöglichen.

(2) Die Vertragspartner sind sich einig, dass auf das Studium nicht mehr als die Hälfte der prüfungsrelevanten Leistungen des Studienganges angerechnet werden können.

§ 2 Wissenschaftliche und fachliche Begleitung

Die Studiengangsleitung ist für die Ausgestaltung des Kooperationsvertrages in Einvernehmen mit der Hochschulleitung und dem Prüfungsausschuss verantwortlich. Sie trägt Rechnung, dass

- a. ein regelmäßiger Austausch stattfindet,
- b. die Rechtsgrundlagen eingehalten werden,
- c. das Anrechnungsverfahren aktualisiert wird.

§ 3 Pflichten und Aufgaben der Hochschule

(1) Die Hochschule bescheinigt die geprüften Maßnahmen ohne weitere Prüfung als adäquat, wenn eine Studierende/r nach Zulassung zum Studium eine Anrechnung für die ausgewählten Module beantragt (pauschale Anrechnung).

(2) Die Hochschule informiert zeitnah über Veränderungen des Studiengangs bzw. dessen Module, sowie über grundsätzliche Themen, die diese Kooperation betreffen.

(3) Die Hochschule weist in ihrem Internetauftritt auf die Möglichkeit der Anrechnung mit Nennung der Kooperationspartner hin.

(4) Die Hochschule bemüht sich um die Nachhaltigkeit des Anrechnungsverfahrens bei curricularen Veränderungen.

§ 4 Pflichten und Aufgaben der Fachschule XXX

(1) Die Fachschule verpflichtet sich, die im Antrag auf modulbezogene Anrechnung (s. Anlage) beschriebenen Inhalte und Methoden einzuhalten.

(2) Bei curricularen Änderungen der fachschulischen Ausbildung, die Auswirkungen auf den genehmigten Antrag haben, informiert sie unverzüglich den Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss prüft im Einvernehmen mit der Studiengangsleitung und den Modulverantwortlichen, ob ein neues Anrech-

nungsverfahren eingeleitet werden muss oder ob die Änderungen zur Kenntnis zu nehmen sind. Entscheidungen darüber werden der Fachschule mitgeteilt.

- (3) Alle angegebenen Prüfungsleistungen sind gemäß der Bestimmungen der Kooperationspartner zu archivieren.
- (4) Über alle erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungsgänge führt die Fachschule einen Nachweis mit Name, Anschrift und ggf. Note.
- (5) Die Fachschule regelt die Organisation und Durchführung der Ausbildung sowie alle damit verbundenen Prüfungsangelegenheiten in Eigenverantwortung.
- (6) Die Fachschule berät ihre Studierenden in Fragen der Anrechnung, soweit dies Inhalte in Bezug auf diese vertraglichen Vereinbarungen betrifft.

§ 5 Geheimhaltung/Datenschutz

- (1) Die Partner werden Daten eines anderen Partners, die ihnen aufgrund der Zusammenarbeit anvertraut oder bekannt geworden sind, ausschließlich zur Durchführung des Vertrages verwenden und auch nach Ende des Vertragsverhältnisses weder für sich noch für andere verwerten.
- (2) Die Partner werden alle technischen Informationen, Kenntnisse und Materialien, die ihnen von anderen Partnern zugänglich gemacht wurden oder die sie erhalten haben, lediglich im Rahmen der Zusammenarbeit verwenden. Sie werden die Informationen vertraulich verwenden und Dritten nur zugänglich machen, soweit diese an der Durchführung der Arbeiten beteiligt sind und die Kenntnisse für die Dritten daher notwendig sind. Diese Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die nachweislich
 - zum Zeitpunkt des Erhalts bereits offenkundig waren,
 - vom empfangenden Vertragspartner im Rahmen eigener unabhängiger Entwicklungen erarbeitet wurden,
 - zum Zeitpunkt des Erhalts bereits im Besitz des empfangenden Vertragspartners waren,
 - ohne Zutun des empfangenden Vertragspartners nach Erhalt offenkundig werden oder
 - von dritter Seite ohne Verpflichtung zur Geheimhaltung und Nichtbenutzung zugänglich werden, wobei vorausgesetzt wird, dass diese Dritten die Informationen nicht direkt oder indirekt von dem Vertragspartner erhalten haben.
- (4) Die Partner verpflichten ihre MitarbeiterInnen und von ihnen beauftragte Dritte zur Geheimhaltung.
- (5) Die Partner sind befugt, im Rahmen ihrer Internetpräsentation und in Veröffentlichungen auf den jeweils anderen Partner unter Verwendung von deren Logo hinzuweisen.

§ 6 Haftung

- (1) Die Partner haften untereinander nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- (2) Gegenüber Dritten sollte nur der Partner haften, der den Schaden verursacht hat. Die übrigen sollten sich von Ersatzansprüchen Dritter freistellen.

§ 7 Vertragslaufzeit

- (1) Dieser Vertrag wird befristet für 3 Jahre bis zum 31.12.2010 geschlossen. Auf Wunsch der Kooperationspartner wird der Vertrag nach Ablauf des Vertrages neu verhandelt. Dabei werden neue Entwicklungen im Studiengang bzw. in den Maßnahmen des Bildungsträgers einbezogen.
- (2) Der Vertrag beginnt mit dem Datum der Unterschrift des Rektorats. Entscheidungen über die Anrechnung von Maßnahmen, die vor der Vertragsunterzeichnung geführt wurden, behalten ihre Gültigkeit.

§ 8 Kündigung

(1) Dieser Vertrag kann von beiden Seiten schriftlich mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten mit Angaben von Gründen gekündigt werden. Ausbildungsgänge der Fachschule, die über die Dauer des Vertrages hinausgehen und Bestandteil des Vertrages waren, als solche eine Anrechnung fanden und den Vertragskriterien weiterhin genügen, werden weiterhin anerkannt.

(2) Die außerordentliche Kündigung erfolgt durch die Hochschule, wenn die externen Bildungsträger sich nachweislich nicht an die Vereinbarungen halten. Damit wird die Anrechnung von Maßnahmen direkt und rückwirkend unwirksam. Studierende, die bereits eine Anrechnung ihrer Leistungen über diesen Kooperationsvertrag seitens des Prüfungsausschusses erhalten haben, genießen in diesem Falle Vertrauensschutz.

§ 9 Änderungen und Ergänzungen

Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

§ 10 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder eine Lücke enthalten, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt eine wirksame Bestimmung als vereinbart, die der von den Parteien gewollten am nächsten kommt. Das Gleiche gilt für den Fall einer Regelungslücke.

§ 11 Schlussbestimmungen

Erfüllungs- und Gerichtsstand von Verträgen ist Berlin.

In der Regel gilt deutsches Recht.

Berlin, den

Prof. Dr.
Rektor/in der
XXX Hochschule

Kooperationspartner

6 Beispiel C: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer (IHK)

Das Beispiel einer Kooperationsvereinbarung aus dem Bereich Wirtschaft regelt die Zusammenarbeit zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer. Anders als bei den vorigen Beispielen für Kooperationsvereinbarungen findet sich in dieser Vereinbarung ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen hochschulischer und beruflicher Seite im Vorfeld der konkreten Anrechnung.

KOOPERATIONSVERTRAG

zwischen

der Universität (Ort)

vertreten durch (z.B. den/die Rektor/in),

- nachfolgend „Universität“ -

und

der Industrie- und Handelskammer (IHK) in (Ort)

vertreten durch (den/die Präsidenten/Präsidentin)

- nachfolgend „IHK“ -

Die IHK und die Hochschule forcieren im gemeinsamen Interesse die Implementierung des neuen Fortbildungsberufs zum XY/zur XY.

Gegenstand der Zusammenarbeit ist die gegenseitige Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Ansätze zur Professionalisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Förderung der intersektoralen Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems sowie des Wissenstransfers zwischen Forschung und Praxis.

Im Einzelnen sieht die Kooperation folgende Maßnahmen vor:

1. Mitwirkung der Professur für Berufliche und Betriebliche Weiterbildung am Fachbereich X der Universität in einem wissenschaftlichen Beirat der IHK zur Entwicklung und Implementierung des neuen Fortbildungsberufs „XY/XY IHK“. Der einzurichtende Beirat könnte sich darüber hinaus auch mit dem Themenkomplex Förderung der Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung befassen, da sich diesbezüglich konkrete Anknüpfungspunkte ergeben.
2. Nutzung der Erfahrungen aus der konzeptionellen Gestaltung des XY IHK hinsichtlich der Entwicklung von Angeboten der wissenschaftlichen Weiterbildung an der Universität. Anzustreben wäre die Implementierung eines berufsbegleitenden Studienganges im Bereich der XY (BA bzw. MA). Adressaten dieses Studienganges sind qualifizierte Hochschulabsolvent/inn/en sowie Absolvent/inn/en der IHK-Fortbildungsprüfung.

3. Gemeinsame Durchführung einer Fachtagung zum Beruf bzw. Studium des „XY“ unter Einbezug von überregionalen Best-Practice-Beispielen sowie der gemeinsamen Publikation einer Veranstaltungsdokumentation.

Die Kooperation läuft auf unbestimmte Zeit und kann durch einseitige, schriftliche Erklärung gekündigt werden, ohne dass es einer Frist bedarf.

Ort/Datum:

Unterschriften:

N.N.
Präsident der IHK

N.N.
Präsident der Universität

7 Beispiel D: Kooperationsvereinbarung zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer (IHK)

Das zweite Beispiel einer Kooperationsvereinbarung im Bereich Wirtschaft regelt die Zusammenarbeit zwischen einer Universität und einer Industrie- und Handelskammer.

KOOPERATIONSVERTRAG

zwischen

der

Universität XXXX
vertreten durch den Präsidenten/die Präsidentin
ausführende Stelle:
Institut für XXXX

und

dem/der

Industrie- und Handelskammer XXXX

§ 1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung berufsbegleitender Qualifizierungsmöglichkeiten für Führungs- und Führungsnachwuchskräfte vereinbaren die Universität XXXX und die Industrie- und Handelskammer XXXX eine abgestimmte und zielorientierte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen der Vertragspartner.
- 1.2 Die Vertragspartner tauschen Informationen und Erfahrungen aus, um die Weiterentwicklung berufsbegleitender Qualifizierungsmöglichkeiten sowie die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Weiterbildung zu fördern.
- 1.3 Um interessierten Personen den Zugang zu Informationen zu Angeboten berufsbegleitender Weiterbildung zu erleichtern, weisen die Kooperationspartner auf ihren Internetseiten auf das Kooperationsverhältnis hin und verweisen auf den Kooperationspartner über einen Link.

§ 2 Durchführung, Informationsaustausch

- 2.1 Die Vertragspartner kommen bei Bedarf zu einem Gedanken- und Informationsaustausch zusammen und bei Bedarf finden gemeinsame öffentliche Auftritte statt.
- 2.2 Bei einschlägigen Veranstaltungen eines Vertragspartners wird der andere Vertragspartner eingeladen.

§ 3 Vertraulichkeit

Die Vertragspartner verpflichten sich, grundsätzlich alle Informationen, die ihnen bei der Durchführung dieses Vertrages durch den anderen Vertragspartner bekannt werden, während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vertraulich zu behandeln. Die Vertragspartner verpflichten sich, alle als vertraulich gekennzeichneten Informationen, die ihnen bei der Durchführung dieses Vertrages durch den anderen Vertragspartner bekannt werden, während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vertraulich zu behandeln. Die Vertraulichkeitsverpflichtung entfällt im Übrigen bei Informationen,

1. die dem anderen Vertragspartner nachweislich bereits vor Inkrafttreten dieses Vertrages bekannt waren,
2. die zum Zeitpunkt der Mitteilung allgemein bekannt sind oder ohne Verstoß gegen die in diesem Vertrag enthaltenen Verpflichtungen allgemein bekannt werden,

3. die der andere Vertragspartner nachweislich rechtmäßig von Dritten ohne Auferlegung einer Vertraulichkeitsverpflichtung erhält,
4. die der andere Vertragspartner nachweislich im Rahmen eigener unabhängiger Arbeiten erarbeitet hat,
5. die von Gesetzes wegen, per Verwaltungsakt oder Gerichtsurteil verpflichtend zu offenbaren sind. In diesem Fall wird derjenige Vertragspartner, der nach dem vorstehenden Satz zur Offenbarung aufgefordert worden ist, den anderen Vertragspartner, dessen vertrauliche Informationen hiervon betroffen sind, unverzüglich über die Aufforderung schriftlich informieren.

§ 4 Ansprechpartner

Die Vertragspartner richten ihre Mitteilungen und Erklärungen zu Händen der im Folgenden benannten Ansprechpartner der jeweiligen Vertragsparteien.

Universität XXXX: XXXX.XXXX
 Institut für XXXX
 Tel. XXXX
 Email: XXXXX

Industrie- und Handelskammer
XXXX:

§ 5 Haftung, Verantwortung für Webinhalte

- 5.1 Für Schadensersatzansprüche mit Ausnahme von Personenschäden haften die Vertragspartner – gleich aus welchem Rechtsgrund – einander wechselseitig nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Die Haftung für mittelbare Schäden und/oder Folgeschäden ist außer bei Vorsatz ausgeschlossen. Die Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten der jeweiligen gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen und Verrichtungsgehilfen eines Vertragspartners.
- 5.2 Für Webinhalte des jeweils anderen Vertragspartners übernehmen die Vertragspartner keine inhaltliche Verantwortung. Für die Vertragspartner besteht keine Pflicht, die verlinkten Webinhalte auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen.
- 5.3 Sollten von einem Vertragspartner bereitgestellte Webinhalte Rechtsverstöße enthalten, so stellt er den anderen Vertragspartner von sämtlichen hieraus resultierenden Ansprüchen Dritter frei und trägt die daraus resultierenden Kosten. Hiervon werden auch die Kosten für eine Rechtsverteidigung erfasst.

§ 6 Vertragsdauer, Kündigung

- 6.1 Der Kooperationsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
- 6.2 Bestehende und künftige Verträge sowie Vereinbarungen mit dritten Partnern werden durch diesen Kooperationsvertrag in keiner Weise berührt.
- 6.3 Gegenseitige Kündigung kann jederzeit schriftlich ohne Angabe der Gründe erfolgen.

§ 7 Sonstige Regelungen

- 7.1 Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung einschließlich der Aufhebung dieser Schriftformklausel bedürfen der Schriftform.
- 7.2 Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser Vereinbarung lässt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame durchführbare Rege-

lung zu ersetzen, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst nahe kommt. Dasselbe gilt entsprechend im Fall einer Vertragslücke.

§ 8 Inkrafttreten

Der Kooperationsvertrag tritt mit der Unterzeichnung durch die Vertragspartner in Kraft. Sie hat keine Nachwirkung.

Für die Universität XXXX

Präsident/in:

XXXX

Ausführende Stelle:

Prof. Dr. XXXX, Institut für XXXX

Für die Industrie- und Handelskammer XXXX

<http://ankom.his.de>

